



Europa-Express, Teil 8

## Wahltag ist Zahntag

von Roland Erne\*

In: *express* 7-8/2024

Esther Lynch, Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes, atmet auf: Nach den EU-Wahlen gibt es weiterhin eine demokratische Mehrheit im EU-Parlament, um die soziale Unsicherheit zu bekämpfen, die den Rechtsextremismus anheizt. Es gibt nach wie vor keine Entschuldigung für Kooperationsabsichten und Absprachen mit Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und anderen radikalen Rechten, wie sie etwa Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen noch vor den Wahlen angedeutet hatte.

Dennoch: Der stetige Aufstieg der Rechtsradikalen muss zu denken geben.

Die Obsessionen der Rechten sind weit entfernt von den Anliegen europäischer Beschäftigter, die mit ihren Arbeitsbedingungen und Löhnen unzufrieden sind und kaum Mitspracherechte an ihrem Arbeitsplatz haben. Trotzdem verfangen die rechten Erzählungen über ›Migranten‹ und ›nationale Souveränität‹. Daran sind auch angeblich europafreundliche Politiker:innen schuld, die nach der Finanzkrise von 2008 ein neues System der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU installierten. Zu diesem Schluss kommen wir in unserer langjährigen Studie über die EU-Arbeits- und Sozialpolitik von der Finanzkrise bis zur Covid-19-Pandemie, die soeben bei Cambridge University Press erschienen ist und gratis heruntergeladen werden kann.<sup>1</sup>

Denn seit der Finanzkrise können die EU-Kommission und der Rat der EU jedem EU-Land sozial- und wirtschaftspolitische Rezepte verschreiben, um »exzessive Budgetdefizite« und »exzessive wirtschaftliche Ungleichgewichte« zu verhindern, welche das »ordnungsgemäße« Funktionieren der Wirtschaft gefährden könnten. Von dieser Möglichkeit machten die EU-Exekutiven reichlich Gebrauch, um in verschiedenen Mitgliedstaaten Löhne und Ausgaben für öffentliche Dienste zu senken – und um Arbeitsbeziehungen und öffentliche Dienste stärker der Logik des Marktes zu unterwerfen. Diese anti-sozialen Interventionen führten zu starken Protesten von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen auf nationaler und EU-Ebene; aber auch zum Erstarken des Rechtsextremismus, vor allem in Ländern, in denen diese EU-Rezepte von Mitte-links Regierungen umgesetzt wurden.

Für Gewerkschaftschefin Lynch sind die Ergebnisse der EU-Wahlen deshalb ein »Weckruf«, der Europa davon abhalten müsse, »schlafwandelnd in die Katastrophe zu laufen«. Die EU müsse dringend ein europäisches »Projekt der Hoffnung« vorantreiben, welches allen Beschäftigten »Schutz und Sicherheit« bietet. Die neuen EU-Gesetze für adäquate Mindestlöhne oder das neue EU-Lieferkettengesetz sind erste Schritte in diese Richtung.

*\* Roland Erne war Chemielaborant und Gewerkschaftssekretär in Lausanne und Zürich. Seit 2003 ist er Hochschullehrer für Europäische Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.*

<sup>1</sup> Erne, Roland/Stan, Sabina/Golden, Darragh/Szabó, Imre/Maccarrone, Vincenzo (2024): Politicising Commodification. European Governance and Labour Politics from the Financial Crisis to the Covid Emergency, Cambridge University Press.  
Online unter: <https://www.erc-europeanunions.eu/book-politicising-commodification/>

*express* im Netz und Bezug unter: [www.express-afp.info](http://www.express-afp.info)  
Email: [express-afp@online.de](mailto:express-afp@online.de)

**express** / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

*Bankverbindung* für Spenden und Zahlungen:  
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12